Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

[illegible]

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 189 — Dienstag, den 14. August 1928 — 23. Jahrgang

Festgesang an Deutschland

„Das deutsche Volksheer bedingte den deutschen Volksstaat"

So soll die Verfassungsfeier sein

Berlin am Verfassungstag

Zur Feier des Verfassungstages zeigten die Straßen **Berlins** teilweise sehr reichen Flaggenschmuck. Neben sämtlichen amtlichen Gebäuden hatten sehr viele Privathäuser Flaggenschmuck angelegt. Von Straßenbahnen und Autobussen wehten Wimpel in den Farben des Reiches und der Stadt Berlin. In gleicher Weise waren die Bahnhofseingänge der Untergrund- und Hochbahn geschmückt. Alle Botschaften und Gesandtschaften hatten geflaggt.

Besonders festlich war das Bild Unter den Linden und auch am Platz der Republik. Dort zeigte sich auch am Vormittag ein bedeutend gesteigerter Verkehr. In der zehnten und elften Stunde strömten Tausende dem Brandenburger Tor zu, und gegen mittag, als die große Verfassungsfeier im Reichstagsgebäude begann, waren die breiten Straßen von einer schaulustigen Menge dicht umsäumt. Auf dem Pariser Platz hatten die Autos des D. A. C. zur Begrüßung des Reichspräsidenten Aufstellung genommen. Auch das mit Fahnen, Blumen und Blattpflanzen reich geschmückte Reichstagsgebäude war von unübersehbaren, erwartungsvollen Menschenmassen umlagert. Als die Ehrenkompagnie mit klingendem Spiel aufmarschierte und oben in der sonnigklaren Luft mehrere Fliegerstaffeln kreisten, ging eine lebhafte Bewegung durch die Menschenmauern. Der Platz der Republik war in festliches Gewand gehüllt. Zahlreiche dunkelgrüne Obelisken mit goldenen Glaskugeln waren errichtet. Zwischen ihnen standen Riesenkörbe mit prachtvoll leuchtenden Hortensien. Um das Moltke-Denkmal herum erhob sich ein Wald von Masten mit der Reichs-, der preußischen und der Stadtflagge, sowie den Fahnenn aller Bundesstaaten. Die Gänge, die links und rechts vom Denkmal zu dem Platz führen, waren von Tannenzweigen überdacht und ebenfalls von Fahnenmasten flankiert.

Der Sitzungssaal des Reichstages, in dem die

Verfassungsfeier der Reichsregierung

abgehalten wurde, war ebenfalls geschmückt.

Im Sitzungssaal und auf den Tribünen waren schon vor der Eröffnung der Feier sämtliche Plätze besetzt. Am Regierungstisch nahmen Reichskanzler Müller und die Reichsminister Dr. Hilferding, von Guerard, Koch, Curtius, Schätzel und Dietrich sowie die preußischen Minister Dr. Becker, Dr. Steiger, Dr. Schreiber, Dr. Höpker-Aschoff, Dr. Schmidt und Grzesinski Platz. Anwesend waren weiter: der Chef der Marineleitung Admiral Zenker und zahlreiche andere hohe Beamte des Reiches und der Länder. Kurz nach 12 Uhr betrat

Reichspräsident von Hindenburg

die Präsidentenloge, an der die Reichspräsidentenflagge angebracht war. Beim Eintritt des Reichspräsidenten, der vom Reichsinnenminister Severing, Reichswehrminister Groener und dem Reichstagsvizepräsidenten von Kardorff an seinen Platz geleitet wurde, erhoben sich die Teilnehmer der Festversammlung von den Plätzen. Mit dem Reichspräsidenten erschien auch sein Sohn und Staatssekretär Dr. Meißner.

Der Staats- und Domchor unter Leitung von Professor Hugo Rüdel eröffnete die Feier der Regierung mit dem Vortrag des Festgesanges von Kalbeck-Gluck.

Eine prächtige Festrede

Dann nahm der frühere Reichsjustizminister Universitätsprofessor Dr. Radbruch das Wort zur Festrede, in der er u. a. folgendes ausführte.

Wem die hohe Ehre zuteil wird, am Verfassungstage dem allgemeinen Empfinden sein schwaches Wort zu leihen, der mag wohl unwillkürlich an die größte aller Verfassungsreden denken, jene von Thukydides überlieferte Rede des Perikles, die den Geist des Staates der Athener für alle Zeiten zeichnete. „Unsere Verfassung", sagt Perikles, „heißt Demokratie, weil sie nicht auf einigen wenigen, sondern auf der Masse des Volkes ruht. Nicht die Geburt — nur die Leistung eröffnet auch dem Unansehnlichsten den Weg zu den höchsten Würden. Wer aber der Politik sich klüglich fernhält, den rühmen wir nicht wegen seiner weisen Zurückhaltung, sondern wir verachten ihn als einen, der für das allgemeine Wesen nichts nütze ist.

Gegner der deutschen Demokratie pflegen sie ein fremdes, undeutsches Gewächs zu nennen. Sie zu entkräften genügt der Hinweis auf eine bodenständige Demokratie deutscher Art: die schweizerische Demokratie. Von der älteren, eidgenössischen Demokratie vermag der deutsche Volksstaat so manches zu lernen, unter anderem auch wie ein Volk ernste Feste fröhlich feiert.

So müssen wir feiern lernen. So wünschen wir uns die Verfassungsfeier. Feuer auf allen Bergen müssen dem festlichen Tage voranleuchten. Ein Fest der Turner und der Sänger wird es sein, die noch immer ihren deutschen Beruf erkannt und jüngst erst wieder eindrucksvoll bestätigt haben, und ein fröhliches Fest der Kinder. Von allen Schaubühnen wird Schiller seinem Volke zurufen: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an!" oder Florian Geyer: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!" Auf Wegen und Stege wird immer wieder das Lied erklingen, das der erste deutsche Reichspräsident wieder zum Lied aller Deutschen gemacht hat. Und der fröhlich-feierliche Tag wird getragen sein von einem Meer von Fahnen in dem

wundervoll warmen Dreiklang unserer Reichsfarben.

Wer, dessen Phantasie von diesem Bilde einmal ergriffen ist, vermöchte noch dem deutschen Volke seinen Verfassungstag vorzuenthalten?

Der ernste Sinn solcher frohen Feiern in der Demokratie aber ist die Selbstdarstellung und Bewußtwerdung des Volkes, das keinem untertan ist als sich selber, des Volkes, von dem nach dem ersten Artikel unsrer Reichsverfassung die Staatsgewalt ausgeht.

Nicht Scharfsinn oder Weisheit Einzelner schaffen eine Verfassung, sondern die allmächtige Geschichte. Nicht nur die Nationalversammlung von 1919 steht bestimmend hinter unserer Verfassung, — auch das Erlebnis von 1914 klingt in ihr wieder. Die aber damals in beispiellosen Taten und Leiden Träger des deutschen Schicksals waren, sie hätten auch bei einem anderen Ausgange des Krieges sich die Verantwortung für das deutsche Schicksal nicht wieder von den Schultern nehmen lassen. Das Volksheer — und Volksheer war damals, kämpfend oder leidend, das ganze deutsche Volk, Männer wie Frauen —

das Volksheer bedingte den deutschen Volksstaat.

Wir können der Verfassung des erneuerten Deutschland nicht gedenken, ohne des kämpfenden und leidenden deutschen Volkes von 1914 bis 1918 zu gedenken — und ohne dem Manne unsere Ehrfurcht zu bezeigen, in dem sich deutsche Volkheit jener Tage sinnbildlich verdichtet. Stefan George hat in einer großen Kriegsdichtung Wirrsal und Ratlosigkeit jener Jahre geschildert:

. . . da entstieg, gestützt
Auf seinen Stock, farblosem Vororthaus
Der kahlsten unserer Städte ein vergessener,
Schmuckloser Greis . . . der fand den Rat der Stunde
Und rettete, was die geberdig Lauten
Schließlich zum Abgrundsrand gebracht: das Reich . . .

Dem, der damals das Reich rettete, dem ersten Soldaten des alten Deutschland, dem ersten Bürger des neuen Deutschland, gilt unser ehrfürchtiger Gruß und Dank.

Freilich, das Volk, das der Träger des neuen Staates ist, ist nicht die Volksgemeinschaft, die nur in erregten Stunden der Geschichte vorübergehende Wirklichkeit gewinnt. Das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, entfaltet sich in dem vielfachen Reichtum kämpfender Gruppen, Klassen und Parteien. Sprechen wir, ohne daran Anstoß zu nehmen, die Wahrheit rückhaltlos aus: daß der Volksstaat ein Parteienstaat ist.

Der Deutsche treibt Parteipolitik mit schlechtem Gewissen, als seien die Parteien etwas, was eigentlich nicht sein sollte. Man verkündigt einen Standpunkt über den Parteien — „das Vaterland über der Partei" — und blickt von diesem Standpunkt verächtlich auf den „Hader der Parteien" herab als ein sachlicher Arbeit schädliches Gezänk, als ein Gemisch von mangelnder Einsicht und bösem Willen.

Demgegenüber erscheint es angezeigt, Gottfried Keller zu zitieren:

Wer über den Parteien
Sich wähnt mit stolzen Mienen,
Der steht zumeist sogar
Erheblich unter ihnen

— unter ihnen, denn der vermeintliche oder vorgebliche Standpunkt über den Parteien ist in Wahrheit nur einer unter anderen Parteistandpunkten, von den anderen nur dadurch unterschieden, daß er sich für den einzig möglichen hält, die Vertreter aller anderen aber für Schädlinge und Reichsverderber. In Wahrheit hat jede Partei zu ihrer Aufgabe nichts anderes als das Vaterland, bedeuten die Parteistandpunkte die verschiedenen möglichen Auffassungen vom Wohl des Landes — keiner von ihnen beweisbar und deshalb jeder von ihnen von jedem anderen mit Recht zu bekämpfen, keiner von ihnen aber auch widerlegbar und deshalb jeder von ihnen von jedem anderen zu achten.

Die von der Höhe eines angeblichen Standpunktes über den Parteien herab betriebene Verekelung des Parteitreibens überhaupt wird aber zu einer schweren Gefahr im Volksstaate, in dem die Parteien die wichtigsten Organe des politischen Lebens sind, die Unruhe an der Uhr, die das ganze Werk im Gange hält. Man sollte vielmehr von früh an dem werdenden Staatsbürger einprägen, daß sich zu einer Partei zu bekennen im Volksstaat Bürgerpflicht sei.

Der Flugsand der Unentschlossenen zwischen den Parteien aber ist es, der unserem politischen Leben jene Unstetheit und Unberechenbarkeit gibt. Es ist für eine Partei kein Glück, wenn ihr dieser Flugsand bei einer Wahl zufliegt, um ihr bei der nächsten wieder verloren zu gehen. Auf Sand kann man nicht bauen, so kann man auch auf Flugsand keine Politik treiben. Auch der Wahlkampf würde sich veredeln, wenn er nicht wesentlich ein Kampf um den Flugsand wäre, vielmehr ein Kampf um die Neuwähler, ein Kampf um die Jugend. Dann hieße es vor den hellen prüfenden Augen der Jugend den Wahlkampf nicht führen mit dem, was andere Parteien falsch gemacht haben, sondern mit dem, was man selbst geleistet hat und zu leisten verspricht.

Nicht die Vielheit der Parteien ist der Grundschaden unseres Parteiwesens, sondern ihre Starrheit. Parlamentarismus aber fordert von den Parteien in erster Linie nicht Ueberzeugungstreue, sondern Geschmeidigkeit, und das Grundübel unseres Parteiwesens besteht darin, daß wir die starren Parteien des Obrigkeitsstaates in den parlamentarischen Staat unverändert zu übernehmen können glaubten. Deshalb muß jede Koalition dem Parteigewissen bei uns erst mühsam abgerungen werden. Wir haben mit deutscher Gründlichkeit den behenden politischen Bewegungskrieg in einen schwerfälligen politischen Stellungskampf verwandelt. Wir müssen hoffen, daß der Parlamentarismus allmählich sich die Parteien erziehen wird, wie er sie braucht.

Unser politisches Leben ist aber nicht nur mit dem Gegensatz der Parteien belastet, sondern auch mit dem Gegensatz der Klassen. Der Untertan ist zum Staatsbürger geworden, aber der Staatsbürger ist noch immer Wirtschaftsuntertan. Den Arbeitnehmer zum Wirtschaftsbürger zu erheben, ist eine im Geiste der Verfassung selbst vorgezeichnete Aufgabe. Es hieße ungeschichtlich denken, zu glauben, daß für unsere Wirtschaftsentwicklung bereits aller Tage Abend sei. Eine Wirtschaftsordnung, die der Tatsache der Arbeitslosigkeit nicht Herr wird, kann nicht das letzte Wort der ökonomischen Entwicklung sein.

Schon stehen wir nach dem Zeugnis bedeutender Wirtschaftskundiger mitten in einer gewaltigen Umwälzung unseres Wirtschaftssystems, in dem Uebergange von der freien zur gebundenen Wirtschaft. Die neue gebundene Wirtschaft ist dem Staate gegenüber zugleich mächtiger und beeinflußbarer als die alte freie Wirtschaft — mächtig, weil die neu entstandenen Wirtschaftskolosse immer mehr zu staatsähnlicher Macht gelangen, beeinflußbarer, weil der Staat selbst, noch immer der mächtigste unter den Wirtschaftskörpern, eine in wenigen Händen konzentrierte Wirtschaft naturgemäß leichter zu bestimmen vermag, als eine Unzahl kleiner Betriebe. So scheint eine Zeit programmatischer Durchkonstruktion des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft nahe zu sein.

Neben dem Klassengegensatz, neben dem Parteipartikularismus ruht auf unserm politischen Leben die Last des Länderpartikularismus. Die deutsche Seele verlangt auch von dem Erbauer ihres politischen Gehäuses Erhaltung der gewachsenen Vielfältigkeit, innerhalb der bewußt gemachten Ganzheit, Vielfältigkeit in der Einheit. Kulturelle Mannigfaltigkeit mit der gebotenen wirtschaftlichen und politischen Konzentration zu verbinden, ist die schwere Aufgabe unseres Verfassungslebens. Mehr und mehr hat sich erwiesen, daß ihre Lösung nicht in dem, was Bismarck mit starkem Wort den „gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel" nannte, nicht in der Eigenstaatlichkeit der in einem bundesstaatlichen Ganzen liegt, sondern in dem Gedanken, dessen Verwirklichung die vorbildliche politische Leistung der Deutschen ist, in der deutschen Selbstverwaltung.

Der durch Selbstverwaltung dezentralisierte Einheitsstaat ist das klar vorgezeichnete Ziel unserer innerstaatlichen Entwicklung.

Aber in der Politik geschieht das Vernünftige niemals schon deshalb, weil es vernünftig ist, sondern nur, wenn das Vernünftige kraft eines höheren Zwanges auch geschehen muß. Zu großen geschichtlichen Neuerungen ist der heilige Donnerschlag eines großen Augenblicks unerläßlich, der das Große groß und das Kleine klein erscheinen läßt. Woher soll uns dieser Zwang zu einer Deutschheit kommen, der stärker ist, als alle überkommenen Partikularismen? Jener Sturmwind, der das Kleine hinwegfegt, jener Donnerschlag in dem die Stimme des Großen zu uns spricht, sie werden da sein in jenem Augenblick, wo Oesterreich, von dem allen Völkern verheißenen Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machend, sich dem großen deutschen Mutterlande anschließen wird. Dann wird ein brausender Jubel durch die deutsche Seele gehen — ein Jubel, vergleichbar nur dem Jubel jenes Erlösungs- und Befreiungstages, an dem der letzte fremde Soldat deutschen Boden räumen, an dem der Rhein, die Pfalz und die Saar wieder ganz unser sein wird.

Es gibt keinen Deutschen, der nicht in diesen beiden Forderungen der Vereinigung mit Oesterreich und der Be-